



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/220 - 24. September 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Bundeswehr und internationale strategische Planung	S. 1
Entdramatisierung im Suez-Konflikt	S. 2
Adenauer zum zweiten Mal in Brüssel	S. 3
Baden-württembergische Regierung nicht gefährdet	S. 4
Zur Erinnerung an Ernst Reuter	S. 6

Unter den Zwang von Tatsachen

sp. In der Bundeswehr wird sich das ziffernmässige Schwergewicht von den Wehrpflichtigen, die voraussichtlich ein Jahr lang ausgebildet werden, stärker auf die freiwillig Längerdienenden verlagern, so wie sich in der internationalen strategischen Planung des Westens unaufhaltsam das Schwergewicht von den herkömmlichen auf die Atomwaffen verschiebt

Die Zweckmässigkeit oder die Notwendigkeit dieser Entwicklung ist in beiden Fällen seit langem von den politischen Kräften in der Bundesrepublik unterstrichen worden, die mit der Wehrpolitik der Regierung nicht einverstanden sind, wobei es fast überflüssig ist, daran zu erinnern, dass die SPD die Wehrpflicht unter den heute gegebenen Umständen überhaupt ablehnt. Die Regierung hat nun unter dem Zwang von Tatsachen, die die Entwicklung geschaffen hat, ihren ursprünglichen Standpunkt aufgegeben, der besagte: 18 Monate und keinen Tag weniger, und, zum anderen, "...so eindeutig erkläre ich mich gegen eine Umrüstung zu Gunsten der Atomwaffen." (Adenauer am 21. August d.Js.)

Im Punkte Dienstzeit wird der Standortwechsel der Bundesregierung von ihr selbst nicht mehr bestritten, er dürfte in diesen Tagen im Kabinett offiziell beschlossen werden. Anders in der Umrüstungsfrage. Hier bleiben die Dinge auch nach den letzten Erklärungen des Verteidigungsministers sehr unklar. Zunächst einmal hat Blank durch die Art seiner Darstellung zugegeben, dass das Problem der Umrüstung bereits heute durchaus praktische Bedeutung hat, während bisher von der Regierungsseite immer der Eindruck erweckt wurde, als handele es sich bei allen - 2 -

diesen Fragen um persönliche und unverbindliche Ansichten einiger Militärs, denen die Regierungspolitik in Washington mehr oder weniger fern steht.

Blank hat zum anderen erklärt, Gliederung und Ausrüstung der Bundeswehr so wie sie vorgesehen sind, berücksichtigten bereits die Erfordernisse der modernen NATO-Strategie, die aus dem Grundgedanken von "Schwert und Schild" aufgebaut sei - d.h. schwere nukleare Waffen, also das "Schwert" in den Händen der Atom-Mächte, vor allem der USA, und herkömmliche Waffen, der "Schild", auch zum Schutz von bestimmten atomaren Einrichtungen, vor allem bei den kontinentalen Mächten. Organisation und Bewaffnung der Bundeswehr müssten dergestalt sein, dass sie auch in einem Atom-Krieg ihren Sinn haben, meinte Blank.

Was heisst das praktisch? Wird dieser Sinn schon erfüllt, wenn die westdeutschen Divisionen ausschliesslich "Schild"-Träger (nach den Vorstellungen der eben erwähnten Theorie sind) oder erst, wenn auch sie mit Waffen ausgerüstet sind, die in einem künftigen Krieg, der in Europa ohne Anwendung von Atomwaffen nicht zu denken ist, den Gang der Ereignisse entscheidend, wenn nicht ausschliesslich bestimmen? Anscheinend ist vorgesehen, den Aufbau der Einheiten so flexibel wie möglich zu halten. Eine Ausstattung mit Atomwaffen aber würde eine Revision der bisherigen internationalen vertraglichen Bestimmungen notwendig machen, nach denen die Bundesrepublik vom Besitz solcher Waffen ausgeschlossen ist.

Es bleiben also Fragen über Fragen, auch wenn sich in verschiedenen wichtigen Bereichen bei den verantwortlichen Männern der Bundesregierung Ansichten durchzusetzen beginnen, die in ihren eigenen Augen vor noch gar nicht langer Zeit Utopien oder gar Ketzereien waren.

* * *

Nun vor dem Sicherheitsrat

Unerwartend selbst für die Teilnehmer der letzten Londoner Suez-Konferenz haben Grossbritannien und Frankreich den Sicherheitsrat der UNO als Schiedsrichter im Konflikt mit Kassar angerufen. Er wird am Mittwoch zusammentreten. Damit wurde ein Weg beschritten, der sich bei Ausbruch des Konfliktes von Anfang an empfahl, gegen den sich aber die Regierungen beider Länder zunächst mit Entschiedenheit sträubten, da sie hofften in der Lage zu sein, in diesem Streitfall das Recht in eigene

Hände nehmen zu können. Eine gewaltsame Lösung scheiterte jedoch nicht nur am Veto der Vereinigten Staaten - zweimal war Dulles in diesen acht Wochen nach London geflogen, um die ungestümen Geister von London und Paris zu bändigen - sie stiess auch auf wachsende Ablehnung einer alarmierten Weltmeinung.

Schon bei der ersten Suez-Konferenz in London zeigte es sich, dass ein bedeutender Teil der Eingeladenen - darunter auch Indien - andere Vorstellungen besass und entwickelte als Briten und Franzosen. Die zweite Begegnung, mit weniger Teilnehmern als bei der ersten, machte noch deutlicher den Widerwillen klar, London und Paris im Suez-Konflikt eine Art Blankovollmacht zu geben. Die Idee, die Kanalbenutzer-Vereinigung als einen Selbstschutzverband zu etablieren, ausgestattet mit der Macht, notfalls ohne ägyptische Zustimmung den Kanal für die Durchfahrt zu benutzen, musste bald fallengelassen werden. Niemand, nicht einmal der britische Premierminister, wusste recht, was eine solche Benutzervereinigung ohne ägyptische Mitarbeit nutzen sollte.

Nun, da die UNO in Funktion tritt, kann sie, die Kanalbenutzervereinigung, höchstens als Konsultativorgan in Erscheinung treten, eine Entwicklung, die auch im Sinne Indiens liegt. Durch die Anrufung des Sicherheitsrates betonen zwar Grossbritannien und Frankreich den Ernst ihrer Auseinandersetzung mit Ägypten, deren friedensbedrohenden Charakter, aber auch ihre Bereitschaft, den Verhandlungsweg bis zum Äussersten zu beschreiten. Von London wie auch von Kairo liegen halb-offizielle Äusserungen vor, sich einem UNO-Schiedsspruch zu fügen, wie immer er auch ausfallen möge. Damit wird die Internationalität eines Konfliktes anerkannt, in dem sich die Ansprüche ehemals führender Kolonialmächte mit dem Aufbegehren eines seiner Kraft bewussten arabischen Nationalismus begegnen und dessen friedliche Lösung für alle gleich wichtig ist.

Der unleugbare Fortschritt liegt nun darin, dass die Periode von Drohungen, des wirtschaftlichen und politischen Druckes abgelöst wird durch ein Stadium gewisser zäher Verhandlungen, auch wenn dies äusserlich einen Prestigeverlust Frankreichs und Grossbritanniens nach all dem, was voranging, gleichkommen mag. Aber ist es ein Prestigeverlust? Indem beide Länder an die oberste politische Instanz dieser Welt appellierten, deren moralisches Gewicht nicht zu übersehen ist, bekunden sie, dass es ihnen nicht ausschliesslich im Suez-Konflikt um national-egoistische Ziele geht, sondern um die Durchsetzung des Grundsatzes, völkerrechtlich bindende Verträge nicht von einem einzelnen Staat oder einem Mann willkürlich zerreißen zu lassen. * * *

Verwandte Sorgen

-pt, Brüssel

In den Begrüßungsartikeln zum Aufenthalt Adenauers in Brüssel schreiben die meisten belgischen Zeitungen merkwürdigerweise von der "ersten Reise des Bundeskanzlers nach Brüssel". Es ist jedoch die zweite. Und vielleicht ist es doch recht notwendig, dass sich Adenauer wie sein damaliger - und heutiger - Partner Henri Spaak an die erste erinnern: sie war nämlich für beide erfolgsgewohnter Europäer ihre tiefste Niederlage. Im September 1954 begab sich der Bundeskanzler zu einer zwischen ihm und Spaak mit allen diplomatischen Finessen ausgeknobelten "Brüsseler Konferenz", die den "Europäischen Verteidigungsvertrag", die EVG, retten sollte. Aber ⁱⁿ Mendès-France fanden sie einen gleichgeschickten Gegner: die Konferenz endete mit einer völligen Niederlage für den west-deutschen und belgischen Politiker.

Diesmal soll es besser gehen. Ein Grenzabkommen soll unterzeichnet werden, ein deutsch-belgisches Kulturabkommen soll dem belgisch-russischen vorangehen, das Spaak und sein Premierminister van Acker in Moskau im Oktober mit Sowjetrussland unterzeichnen wollen. Dazu wird sich Adenauer als führende Persönlichkeit des europäischen Katholizismus vorstellen. Er wird in der feudalsten katholischen internationalen Organisation, der "Grandes Conférences Catholique", ein Referat halten. Ausserdem wird der deutsche Bundeskanzler - was bei der Konferenz des Jahres 1954 infolge der peinlichen Ergebnislosigkeit unterblieben war - dem König von Belgien vorgestellt werden.

Soweit das offizielle Programm, dem schüchtern hinzugefügt wird, dass vielleicht auch der französische Ministerpräsident Mollet in Brüssel erscheinen werde. Inoffiziell könnte man vielleicht noch einiger sein als offiziell - einiger in den gleichen Sorgen. Nicht nur Adenauers Gefährten rebellieren gegen den Militärkurs - auch Henri Spaaks. Die sozialistische Jugend Belgiens hat in ihrem Brüsseler Hauptbüro eine Liste aufgelegt, in der man sich für die Herabsetzung der Dienstzeit von den geltenden Monaten auf 12 eintragen kann. Sozialistische Senatoren die sich mit Generalstäblern unterhalten konnten, stimmten der Jugend zu; die Fachleute aus dem Generalstab hätten ihnen gesagt, dass der jetzige militärische Aufbau der belgischen Armee der neuen Waffentechnik nicht entspricht und dass man mit einer Dienstzeit von 12 Monaten

der belgischen Jugend alles beibringen kann, was heutzutage der Durchschnittssoldat zu wissen braucht. Aber die Regierungsmitglieder ringen die Hände: mit weniger als 18 Monaten unter Waffen könnte das kleine Belgien nicht die Kontingente stellen, die Spaak in einer früheren Regierungszeit grosszügig der NATO zugestanden hat. Ein Stein würde Spaak vom Herzen fallen, wenn ihm Freund Adenauer versichern würde, dass Deutschland bei seinen 500 000 Mann bleibt. Oder vielleicht denkt man sogar an eine inoffizielle Bundesgenossenschaft für Vorstellungen bei der NATO, dass USA und England das Defizit decken sollten, wenn Spaak und Adenauer nicht mit ihrer "Gesamtstärke" bei den Wählern durchkommen.

Es gibt auch andere Dinge, über die man sich unterhalten könnte. Belgien ist z.B. wohl das Land, das am meisten Delegationen nach Russland oder Sowjetchina entsandt hat. Spaak kennt die Moskauer Herren gut.

Vielleicht kann der inoffizielle Teil der Begegnungen in Brüssel auch auf diesem Gebiet aufklärend wirken und den Kanzler erneut zu Überlegungen darüber veranlassen, ob es nicht doch nützlich wäre, solche besseren Kontakte auch von Bonn aus mit Moskau zu pflegen. Dass das russische Verhältnis zum kleinen Belgien ein ganz anderes als das zur Bundesrepublik ist, wäre kein ernsthafter Einwand, weil ganz allgemein das ständig politische Gespräch allein geeignet ist, politische Spannungen aus der Welt zu schaffen.

* * *

Stammtisch-Prophetie

- tz. Stuttgart

An den politischen Stammtischen wird der Regierung von Baden-Württemberg ein baldiges Ende prophezeit. Die Beratung des Ministergesetzes, die der Landtag noch in dieser Woche auf seiner Tagesordnung stehen hat, scheint diesen Propheten der Grabesang für die gegenwärtige Allparteienregierung des Südweststaates zu werden. Aber die Erwartungen der Stammtische wurde schon manchmal enttäuscht.

Um was geht es eigentlich? Zunächst um nichts anderes als um die Erfüllung eines Auftrags, den die Verfassung Regierung und Landtag auf-erlegt hat. Ganz lapidar bestimmt der Artikel 45 der am 11. November 1953 in Kraft getretenen Verfassung, dass die Zahl der Minister und die Geschäftsbereiche der Ministerien durch Gesetz bestimmt

werden. Nach nunmehr nahezu drei Jahren wird es sicher höchste Zeit, dass sich Regierung und Landtag des Verfassungsauftrages annehmen und das zwingend vorgeschriebene Gesetz verwirklichen. Es ist kein Geheimnis, dass es die Vorgänge bei der Regierungsbildung nach den Märzwahlen dieses Jahres waren, die auf die beschleunigte Debatte um das Ministergesetz eingewirkt haben.

Die Initiative ging dabei von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags aus, die noch vor den Sommerferien einen eigenen Entwurf zum Ministergesetz einbrachte, der eine Landesregierung mit sieben Geschäftsbereichen vorsieht, was gegenüber der gegenwärtigen Zwölf-Mann-Regierung einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Die übrigen Parteien konnten nicht umhin, diesen Initiativentwurf als eine brauchbare Diskussionsgrundlage zu bezeichnen, wenn auch zum Teil blutenden Herzens. Auch die Regierung besann sich ihrer Pflicht und beschloss, einen eigenen Entwurf zum Ministergesetz vorzulegen, der dieser Tage auch vom Ministerrat verabschiedet wurde. Er unterscheidet sich von dem Initiativentwurf der SPD nur um einen Mann! Die Regierung will auf einen eigenen Minister für die Angelegenheit des Bundesrats nicht verzichten.

Nun hat am Donnerstag der Landtag das Wort. Aus dem Plenum werden - soviel ist bereits sicher - beide Entwürfe in die Ausschüsse wandern, um dort mit aller Gründlichkeit einer Prüfung unterzogen zu werden. Eine akute Gefahr für die Regierung besteht also nicht. Die Stammtischpropheten werden also eine Enttäuschung erleben. Für die Öffentlichkeit aber verbindet sich mit dem Ministergesetz die Hoffnung, dass es den Auftakt bildet für die zwar viel diskutierte, aber noch kaum begonnene Verwaltungsreform. Zwar ist auch hier der erste Ansatz getan. Der von Regierung und Parlament eingesetzte Sachverständigenausschuss hat bereits seine Arbeit aufgenommen. Noch stehen seine Vorschläge aus. Aber hier wie beim Ministergesetz wird das Parlament beweisen müssen, dass es bereit ist, auch gegen Widerstände alles zu tun, um dem Grundsatz der Sparsamkeit bei allen Überlegungen das Primat zu geben.

* * *

Das Vermächtnis eines Unvergessenen

Am 29. September 1956 jährt sich der Todestag Ernst Reuters zum dritten Mal.

U.D. In den Abendstunden des 29. September 1953 taten die nüchternen und bis zur Kältschrägigkeit unsentimentalen Berliner etwas, das in der Geschichte der Millionenstadt ohne Beispiel war: Die Rundfunksender hatten ihr Programm gerade unterbrochen und den plötzlichen Tod des Regierenden Bürgermeisters mitgeteilt, als in den Fenstern der in das Dunkel eines warmen Herbstabends gehüllten Stadt Zehntausende von brennenden Kerzen aufleuchteten. Keine Behörde, kein Rundfunksprecher hatte zu diesen impulsiven, aus tiefstem Schmerz kommenden Zeichen der Trauer aufgerufen. Das Volk von Berlin hatte nicht nur sein Stadtoberhaupt, sondern seinen leidenschaftlichsten Rufer für die Einheit der Stadt und des ganzen Landes verloren.

Noch Wochen nach seiner Beisetzung strömten die Menschen aus Berlin wie auch aus der Zone zum Grabe Ernst Reuters auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof, wo die Friedhofverwaltung am Eingang Hinweisschilder anbringen musste, um den Besuchern den Weg zur letzten Ruhestätte des Bürgermeisters zu zeigen. Reuter hatte nicht nur das Ansehen eines bedeutenden Politikers genossen, sondern in überquellender Maße Liebe und Verehrung, wie sie immer nur ganz wenigen Politikern einer Generation zuteil wird. Erst sein Tod liess die Masse dieser Verehrung sichtbar werden.

Sein Werk ist seitdem von seinen Freunden und Nachfolgern fortgesetzt worden. Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin, eine seiner grössten Sorgen, sank eine Viertelmillion am Zeitpunkt seines Todes auf unter Hunderttausend. Überall in der von Kriege so schlimm mitgenommenen Stadt entstehen neue Bauten und geben der alten und künftigen Hauptstadt ein neues Gesicht. Die Wiedervereinigung aber scheint heute noch ferner als damals. Man sollte sich seiner Worte erinnern, die er - fast klingen sie wie ein Verdict - in seiner letzten Rede auf einer Versammlung seiner Partei am 30. August 1953 im Berliner Sportpalast sprach:

"Die 630 km, die uns von Bonn trennen, sind nicht nur eine äussere Entfernung. Die geographische Entfernung, die uns, die Berlin von Bonn trennt, ist sehr gegen unseren Willen auch eine politische geworden. Wichtiger als alle materiellen Erwägungen ist dabei die Tatsache, dass Jahre hindurch Ungläubigkeit und Kleinmut gehindert haben, die Funktion Berlins im Kampf um die Sowjetzone - 7 -

24. September 1956

richtig zu erkennen.

Jahrelang hat die Außenpolitik Deutschlands sich in einer angeblicher Realpolitik auf die Aufgabe konzentriert, Papierpläne für kommende Divisionen auszuarbeiten. Die eigentliche politische Arbeit an der Stärkung Berlins, an der Hilfe für die Zonengrenzen, mit dem Ziel, eine überzeugende Antwort nach dem Osten zu geben, ist immer wieder bei allem Lippendienst in der Sache zweitrangig behandelt worden....".

Es ist ein bescheidener Schritt im Sinne der Politik Ernst Reuters, wenn der Deutsche Bundestag in der zweiten Oktoberwoche mit einer Arbeitssitzung in Berlin seinen Willen zur Wiedervereinigung symbolhaft macht. Noch unendlich viel mehr solcher Demonstrationen bedarf es von Seiten der Bundesrepublik, wenn die Menschen in Mitteldeutschland die Durststrecke bis zur Wiedervereinigung durchstehen sollen.

* * *

Starker Erfolg des Buches "Revolution der Roboter"

spk. Einen aussergewöhnlichen Verkaufserfolg konnte das im Icarus-Verlag München erschienene Buch "Revolution der Roboter" bis jetzt erzielen. Die erste Auflage in Höhe von 5.000 Exemplaren des Buches, das die auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker im Juni 1956 veranstalteten Vorträge von 5 namhaften Gelehrten über Probleme der Automatisierung enthält, ist nahezu vergriffen. Die zweite Auflage befindet sich in Vorbereitung. Briahrungsgemäss ist ein solcher Verkaufserfolg bei Büchern vergleichbaren Inhalts sehr selten. Er ist aber auch zugleich ein Beweis dafür, dass die Öffentlichkeit die Bedeutung der behandelten Themen - jenseits aller Parteigrenzen - voll erkannt hat.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau